
FDP Eschborn

FDP ESCHBORN BEGRÜSST BESCHLUSS ZUR SOZIALWOHNUNGSQUOTE – WENIGER IDEOLOGIE, MEHR WOHNUNGSBAU

12.05.2026

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am vergangenen Donnerstag die moderate Herabsetzung der Sozialwohnungsquote für Projekte ab 30 Wohneinheiten beschlossen. Die Vorlage wurde mit den Stimmen der FDP verabschiedet.

Die FDP-Fraktion bewertet die Entscheidung als wichtigen Schritt hin zu mehr Realismus in der Wohnungspolitik. Ziel ist es, den Wohnungsbau in Eschborn zu beleben und zusätzliche Angebote für unterschiedliche Einkommensgruppen zu schaffen.

„Wer mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen will, muss vor allem dafür sorgen, dass überhaupt gebaut wird“, stellte Dr. Annette Christoph in ihrer Rede klar. Dieser Aspekt sei in der bisherigen Diskussion nicht ausreichend berücksichtigt worden.

Nach Auffassung der Freien Demokraten wurde die Debatte zu stark auf soziale Zielsetzungen verengt, ohne die tatsächlichen Rahmenbedingungen des Wohnungsbaus angemessen einzubeziehen. Der Neubau werde überwiegend von privaten Investoren getragen. Ohne deren Engagement und Investitionen lasse sich das Wohnungsangebot nicht spürbar erweitern, so Dr. Christoph.

Kritisch sieht die FDP Eschborn daher insbesondere die starre Quotenregelung, dass ab einer bestimmten Anzahl von Wohneinheiten eine festgelegte Quote an Sozialwohnungen gebaut werden muss. Dies greife in erheblichem Maße in die Wirtschaftlichkeit von Bauprojekten ein und werde den äußerst unterschiedlichen Rahmenbedingungen einzelner Vorhaben häufig nicht gerecht. Vor dem Hintergrund steigender Baukosten, eines anspruchsvollen Zinsumfelds und wachsender regulatorischer Anforderungen bestehe die Gefahr, dass Projekte sich nicht rechnen und daher nicht realisiert werden.

Dann werde gar nicht mehr gebaut – weder gefördert noch freifinanziert.

Aus Sicht der FDP wäre es grundsätzlich sogar vorzugswürdig, ganz auf feste Quotenregelungen zu verzichten, um Bauherren die größtmögliche Flexibilität bei der Projektgestaltung zu ermöglichen. Ob die Inanspruchnahme von Förderprogrammen für den sozialen Wohnungsbau wirtschaftlich sinnvoll ist, müsse jeder Bauherr im Einzelfall selbst entscheiden können.

Jedes Bauvorhaben unterliegt individuellen Voraussetzungen hinsichtlich Kostenstruktur und Marktbedingungen. Starre Vorgaben können diese Unterschiede nur unzureichend abbilden und im Ergebnis Investitionen hemmen. Dass dies keine rein theoretische Betrachtung ist, zeigt nach Auffassung der FDP auch die Praxis der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GWE, die bei einzelnen Projekten bewusst unterhalb der Schwelle von 30 Wohneinheiten geblieben sei.

Mit der Absenkung der Quote auf 20 Prozent und der stärkeren Berücksichtigung des Mittelstandswohnens setzt Eschborn aus Sicht der Freien Demokraten ein klares Signal für flexiblere Rahmenbedingungen und mehr Investitionsfreundlichkeit.

Für die FDP Eschborn bleibt entscheidend: Ein funktionierender Wohnungsmarkt erfordert vor allem mehr Neubau und weniger Regulierung. Ein erweitertes Angebot stärkt den Wettbewerb und trägt langfristig zu einer Stabilisierung der Mieten für alle Einkommensschichten bei.

Fazit von Eschborns Freien Demokraten: Diese Entscheidung ist kein sozialpolitischer Rückschritt, sondern die Voraussetzung dafür, dass überhaupt neuer Wohnraum entsteht.

Eschborn, 11. Mai 2026